

Digitalisierung muss ganzheitlich gesehen werden

Die Coronazeit zeigt uns auf, dass wir uns schon seit einiger Zeit auf dem richtigen Weg bewegen – oft einfach etwas zu wenig schnell. Unterstützung für Gemeinden bieten Prozess- und IT-Anbieter und auch Swisscom.

Kaum eine Gemeinde oder Behörde arbeitet nicht daran, Prozesse zu digitalisieren und den Bürgerinnen und Bürgern den Kontakt mit ihr zu erleichtern. Längst reicht es nicht mehr aus, Formulare und Gesuche elektronisch zugänglich zu machen und die Schulen an schnelles Internet anzuschliessen. Gefragt ist eine Gesamtsicht, um die Abläufe zu vereinfachen und den Einwohnerinnen und Einwohnern dort zu begegnen, wo sie sich grösstenteils aufhalten, im digitalen Raum auf Fest- und immer mehr auf dem Mobilnetz.

Doch mit Einzellösungen ist es nicht getan: Immer wichtiger werden die Vernetzungen der Gemeinden mit Bezirk, Kanton, Behörden und anderen Gemeinden. Gefragt ist eine zeitgemässe und zukunftsorientierte Lösung.

Die Strategie Digitale Schweiz des Bundes gibt seit 2018 die Stossrichtung vor. Nun hat der Nationalrat im November 2020 konkret einen digitalen Service Public beschlossen. Dies hat weitreichende Folgen, gerade für die Gemeinden.

Der Vorstoss will eine Strategie für die «digitale Infrastruktur im engen und im weiteren Sinne wie beispielsweise Umgang und Besitz von Daten (z. B. Förderung von Datengenossenschaften oder Investitionen in Plattformen als Infrastruktur), um eine Stärkung der digitalen Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner (E-Government, bürgernahe Verwaltung), aber ebenso die Förderung von Innovationen und digitalen Prozessen innerhalb der Verwaltung und weitere Bereiche des Service Public, in denen Digitalisierung eine wichtige Rolle spielt oder spielen wird wie Gesundheit oder Bildung.»

Alle Elemente, an denen verschiedene Akteure arbeiten, für die aber ein Gesamtbild fehlt. Denn die Digitalisierung steht erst am Anfang und wird immer mehr Lebens- und



Die Digitalisierung ermöglicht laufend mehr Vernetzung.

Arbeitsbereiche erfassen, vernetzen und vereinheitlichen. Dies wiederum führt zu neuen Wegen, Dinge zu erledigen, zu neuen Geschäftsfeldern und dank Vereinfachungen zu langfristigem Sparpotenzial. Stichworte wie «Smart Village» oder «Smart City» bekommen so Leben eingehaucht und können sich zur Smart Administration nicht nur auf kommunaler, sondern auf Bezirks-, Kantons- und Regionalebene ausweiten.

Der Weg ist bereit

Die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden, aber auch im Informationsaustausch mit anderen Gemeinden, Behörden, Kanton und Bund haben sich gerade im letzten Jahr herauskristallisiert: Zuhause arbeiten, lernen, Behördengänge erledigen; Meldungen an Behörden abliefern und Informationen abrufen – das ist der Alltag. Doch auf ihm stellen sich noch etliche Hindernisse in den Weg. Und vieles liesse sich vereinfachen und weniger fehleranfällig machen.

Die technischen Voraussetzungen sind ebenso gegeben wie die Bedürfnisse. Spätestens mit der Umstellung der Telefonie auf IP verfügen Gemeinden heute über internetbasierte Anschlüsse und können die Segnungen der aktuellen Kommunikationstechnologien nutzen. Ein leistungsfähiges

Netz und die cloudbasierte Speicherung ermöglichen den Umgang auch mit grossen Datenmengen. Das Management und die Erneuerung der Dienstleistungen muss nicht mehr in jeder Gemeinde gemacht werden, sondern kann dem Spezialisten mit einem sogenannten managed Service übertragen werden.

Ein ICT-Assessment, wie es Swisscom bietet, hilft Gemeinden und Unternehmen dabei, zu bestimmen, wo sie stehen und wie sie sich verbessern können. Fragen der Sicherheit oder der Zugangs- und Speicherleistung lassen sich so am einfachsten klären. Dank ihrer Präsenz überall in der Schweiz kann Swisscom auch helfen, gemeinsam mit anderen Gemeinden in eine Lösung zu investieren oder Plattformen auf regionaler oder kantonaler Ebene zu schaffen.

Kontaktieren Sie uns auf verband.info@swisscom.com für eine Beratung oder lassen Sie sich von unserer Homepage www.swisscom.ch/servicepublic inspirieren.



«Schlüssel zu einem sicheren und effektiven E-Government»

Am 7. März 2021 stimmt die Schweizer Bevölkerung über das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) ab. Der Vorstand des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV) hat die Ja-Parole beschlossen.

Die Digitalisierung schreitet mit grossen Schritten voran. Immer mehr Dienstleistungen und Waren werden online bezogen. Viele Schweizer Gemeinden sind aktuell daran, ihr E-Government-Angebot und die digitalen Dienstleistungen auszubauen. Bei fast allem, was online erledigt wird, müssen sich die Nutzerinnen und Nutzer identifizieren lassen. Dafür gibt es heute verschiedene Verfahren, oftmals mit Benutzername und Passwort.

Doch keines dieser Systeme ist in der Schweiz gesetzlich geregelt. Damit die Identifikation im Internet einfacher und sicherer wird, haben Bundesrat und Parlament das E-ID-Gesetz erarbeitet, über das am 7. März 2021 abgestimmt wird. Mit der staatlich kontrollierten E-ID können künftig Angebote online genutzt werden, für die bisher ein Erscheinen vor Ort notwendig war.

Klare Rollenteilung

Das E-ID-Gesetz sieht eine klare Rollenteilung vor: Der Bund überprüft und bestätigt anhand seiner Register die Identität der einzelnen Personen. Die technische Umsetzung und den Betrieb der E-ID überlässt er privaten E-ID-Anbieterinnen, die sich staatlich anerkennen lassen müssen und kontrolliert werden. Anbieterinnen können Unternehmen, Kantone und Gemeinden sein. Die neue Rechtsgrundlage bringt den Staat als Anbieter von digitalen Dienstleistungen entscheidend voran. «Die Gemeinden profitieren vor allem über den sicheren Kontakt mit der Bevölkerung. Zudem ist die E-ID ein wichtiger Schlüssel zu einem sicheren und effektiven E-Government», sagte Ständerat und SGV-Präsident Hannes Germann Mitte Januar an einer gemeinsamen Medienkonferenz mit Bundesrätin Karin

Keller-Sutter, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, und Regierungsrat Christian Rathgeb, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Staat übernimmt Aufsichtspflicht

Die wichtigen Fragen bezüglich Datensicherheit und rechtlicher Vorschriften für private und auch staatliche Anbieter werden verbindlich geregelt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der festgelegten Aufsichtspflichten durch die Bundesverwaltung. Das Parlament wird den Prozess im Rahmen der rechtsstaatlichen Oberaufsicht ebenfalls kritisch begleiten. «All das sind gute Voraussetzungen für eine sichere und funktionierende E-ID. Deshalb unterstützt der SGV das E-ID-Gesetz», so Hannes Germann. Der Bundesrat, das Parlament und die KdK empfehlen ebenfalls ein Ja. *red*

«Myni Gmeind Live»: Online-Konferenzen zur Digitalisierung in Gemeinden

Seit einigen Monaten findet in regelmässigen Abständen ein Online-Erfahrungsaustausch für Gemeindepräsidentinnen, Gemeindepräsidenten und Verwaltungsmitarbeitende zu Digitalisierungsthemen statt. Der sogenannte Erfa-Stammtisch, ein gemeinsames Angebot des Vereins «Myni Gmeind» und des SGV, findet guten Anklang. Nun planen die beiden Partner in Zusammenarbeit mit Swisscom ein weiteres interaktives Online-Videoformat, das sich an ein breiteres Publikum richtet: «Myni Gmeind Live». Das neue Angebot ist wie der Erfa-Stammtisch interaktiv, verlangt aber weniger Verbindlichkeit: Die Teilnahme ist sporadisch möglich, Diskussionsbeiträge sind willkommen, aber nicht gefordert. Mit «Myni Gmeind Live» wird Wissen zur Digitalisierung in Gemeinden und

Regionen vermittelt und das gegenseitige Lernen unter den Gemeinden gefördert. «Myni Gmeind Live» ist damit ein nützliches niederschwelliges Angebot, das Anstösse für neue Projekte in Gemeinden geben kann. Die voraussichtlich eine Stunde dauernden Online-Konferenzen behandeln vielfältige, praxisnahe, aber auch eher visionäre Themen: von der Nutzung von Tools für virtuelle Gemeinderatssitzungen, über den Einsatz von «digitalen Lotsen» bis zum Nachhaltigkeitsmanagement mit Internet-of-Things-Technologie. Nach einer kurzen Begrüssung wird ein rund 15-minütiges Referat stattfinden, gefolgt von einer moderierten Diskussion. Die verschiedenen Online-Konferenzen von «Myni Gmeind Live» werden voraussichtlich auf verschiedenen Plattformen zum Nachschauen aufgeschaltet.

Das Programm wird derzeit zusammengestellt. Gestartet wird mit ein bis zwei Ausgaben pro Monat, die erste Konferenz ist für Frühling 2021 geplant. Auf der SGV- und «Myni Gmeind»-Website können sich Interessierte bald über «Myni Gmeind Live» informieren. *red*

Ihr Input ist gefragt!

Haben Sie Themen zur Digitalisierung in Gemeinden, die Ihnen unter den Nägeln brennen und zu denen Sie in «Myni Gmeind Live» (siehe Haupttext) mehr erfahren möchten? Melden Sie uns Ihren Input per Mail an: verband@chgemeinden.ch